



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 10. Oktober 2006 (13.10)
(OR. en)**

**13467/06
ADD 7**

LIMITE

**ELARG 119
ACCTR 18**

VERMERK

des Generalsekretariats
für die Delegationen

Nr. Vordokument: 5550/05 + ADD 1-20 ELARG 2 ACCTR 24

Nr. Kommissionsvorschlag: 13082/06 ADD 8-9 ELARG 98 ACCTR 2

Betr.: Entwurf einer Verordnung des Rates zur Anpassung einiger Verordnungen, Beschlüsse und Entscheidungen in den Bereichen freier Warenverkehr, Freizügigkeit, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbspolitik, Landwirtschaft (einschließlich des Veterinär- und Pflanzenschutzrechts), Verkehrspolitik, Steuerwesen, Statistik, Energie, Umwelt, Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Zollunion, Außenbeziehungen, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Organe anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens: Abschnitt 11 des Anhangs

Die Delegationen erhalten in der Anlage Abschnitt 11 des Anhangs der eingangs genannten Verordnung des Rates, wie er aus den Beratungen der Gruppe "Erweiterung und Beitrittsländer" hervorgegangen ist. Dieser Text wird nunmehr den Rechts- und Sprachsachverständigen zur rechtlichen und sprachlichen Überarbeitung zugeleitet und soll anschließend dem Ausschuss der Ständigen Vertreter und dem Rat zur Annahme vorgelegt werden.

11. ZUSAMMENARBEIT IN DEN BEREICHEN JUSTIZ UND INNERES

A. JUSTIZIELLE ZUSAMMENARBEIT IN ZIVIL- UND HANDELSSACHEN

1. 32000 R 1346: Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren (ABl. L 160 vom 30.6.2000, S. 1), geändert durch:

- 12003 T: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge – Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)
- 32005 R 0603: Verordnung (EG) Nr. 603/2005 des Rates vom 12.4.2005 (ABl. L 100 vom 20.4.2005, S. 1)
- 32006 R 0694: Verordnung (EG) Nr. 694/2006 des Rates vom 27.4.2006 (ABl. L 121 vom 6.5.2006, S. 1)

a) Artikel 44 Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:

- "x) das am 19. Oktober 1972 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen mit Protokoll;
- y) das am 5. November 1974 in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Französischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;

- z) das am 10. April 1976 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
 - aa) das am 29. April 1983 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Republik Zypern über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
 - ab) das am 18. Januar 1989 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivilsachen;
 - ac) den am 11. Juli 1994 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und der Tschechischen Republik über die Rechtshilfe in Zivilsachen;
 - ad) den am 15. Mai 1999 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und Polen über die Rechtshilfe und die Rechtsbeziehungen in Zivilsachen."
- b) Anhang A wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Einträgen für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

"БЪЛГАРИЯ

- Производство по несъстоятелност"

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

"ROMÂNIA

- Procedura reorganizării judiciare și a falimentului"

- c) Anhang B wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Angaben für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

"БЪЛГАРИЯ

- Производство по несъстоятелност"

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

"ROMÂNIA

- Faliment"

- d) Anhang C wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Angaben für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

"БЪЛГАРИЯ

- Назначен предварително временен синдик
- Временен синдик
- (Постоянен) синдик
- Служебен синдик"

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

"ROMÂNIA

- Administrator (judiciar)
- Lichidator (judiciar)"

2. 32001 R 0044: Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. L 12 vom 16.1.2001, S. 1), geändert durch:
- 32002 R 1496: Verordnung (EG) Nr. 1496/2002 der Kommission vom 21.8.2002 (ABl. L 225 vom 22.8.2002, S. 13)
 - 12003 T: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge – Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)
 - 32004 R 1937: Verordnung (EG) Nr. 1937/2004 der Kommission vom 9.11.2004 (ABl. L 334 vom 10.11.2004, S. 3)
 - 32004 R 2245: Verordnung (EG) Nr. 2245/2004 der Kommission vom 27.12.2004 (ABl. L 381 vom 28.12.2004, S. 10)
- a) Artikel 69 wird wie folgt ergänzt:
- "– das am 2. Juli 1930 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen Bulgarien und Belgien über bestimmte justizielle Fragen;
 - das am 23. März 1956 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über gegenseitige Rechtshilfe, das zwischen Bulgarien und Slowenien noch in Kraft ist;

- den am 7. Oktober 1958 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen der Volksrepublik Rumänien und der Volksrepublik Ungarn über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- den am 25. Oktober 1958 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Volksrepublik Rumänien und der Tschechoslowakischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen, der zwischen Rumänien und der Slowakei noch in Kraft ist;
- das am 3. Dezember 1958 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Rumänien über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- den am 18. Oktober 1960 in Belgrad unterzeichneten Vertrag zwischen der Volksrepublik Rumänien und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über Rechtshilfe mit Protokoll, der zwischen Rumänien und Slowenien noch in Kraft ist;
- das am 4. Dezember 1961 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Polen über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- das am 17. November 1965 in Wien unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Republik Österreich über die Rechtshilfe in Zivil- und Familiensachen sowie über die Gültigkeit und Zustellung von Schriftstücken mit Protokoll;
- das am 16. Mai 1966 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Ungarn über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen;

- das am 19. Oktober 1972 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen mit Protokoll;
- das am 11. November 1972 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Italienischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- das am 5. November 1974 in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Französischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;
- das am 30. Oktober 1975 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Königreich Belgien über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;
- das am 10. April 1976 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- das am 25. November 1976 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Rechtshilfe und die Regelung von Beziehungen in Zivil-, Familien- und Strafsachen;
- das am 15. Juni 1978 in London unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;
- das am 30. Oktober 1979 in Bukarest unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Königreich Belgien über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;

- das am 30. Oktober 1979 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Königreich Belgien über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Unterhaltssachen;
- das am 6. November 1980 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und dem Königreich Belgien über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Scheidungssachen;
- das am 29. April 1983 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Republik Zypern über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- das am 18. Januar 1989 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivilsachen;
- das am 18. Mai 1990 in Rom unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Italienischen Republik über die Rechtshilfe und die Vollstreckung von Entscheidungen in Zivilsachen;
- das am 23. Mai 1993 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Bulgarien und dem Königreich Spanien über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivilsachen;
- den am 11. Juli 1994 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und der Tschechischen Republik über die Rechtshilfe in Zivilsachen;
- das am 17. November 1997 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen Rumänien und dem Königreich Spanien über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;

- das am 17. November 1997 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen Rumänien und dem Königreich Spanien – Zusatzabkommen zum Haager Übereinkommen über den Zivilprozess (Den Haag, 1. März 1954);
- den am 15. Mai 1999 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und der Republik Polen über die Rechtshilfe und die Rechtsbeziehungen in Zivilsachen."

b) Anhang I wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Angaben für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

- "– in Bulgarien: Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzbuchs über internationale privatrechtliche Beziehungen,"

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

- "– in Rumänien: Artikel 148-157 des Gesetzes Nr. 105/1992 über internationale privatrechtliche Beziehungen,"

c) Anhang II wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Angaben für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

- "– in Bulgarien beim "*Софийски градски съд*"

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

- "– in Rumänien beim "*Tribunal*",

d) Anhang III wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Angaben für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

"– in Bulgarien beim "*Апелативен съд - София*"

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

"– in Rumänien beim "*Curte de Apel*", "

e) Anhang IV wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Angaben für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

"– in Bulgarien: "*обжалване пред Върховния касационен съд*"

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

"– in Rumänien: ein "*contestatatie in anulare*" oder ein "*revizuire*"

B. VISUMPOLITIK

1. 31995 R 1683: Verordnung (EG) Nr. 1683/95 des Rates vom 29. Mai 1995 über eine einheitliche Visagegestaltung (ABl. L 164 vom 14.7.1995, S. 1), geändert durch:

- 32002 R 0334: Verordnung (EG) Nr. 334/2002 des Rates vom 18.2.2002 (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 7)
- 12003 T: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge – Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

Im Anhang erhält Nummer 3 folgende Fassung:

"3. Hier erscheint der aus einem oder mehreren Buchstaben bestehende Ländercode des ausstellenden Mitgliedstaats (oder "BNL" im Fall der Benelux-Staaten, d.h. Belgien, Luxemburg und die Niederlande) mit Kippeffekt. Dieser Code erscheint bei flachem Betrachtungswinkel hell und bei Drehung um 90 Grad dunkel. Es gelten folgende Ländercodes: A für Österreich, BG für Bulgarien, BNL für Benelux, CY für Zypern, CZE für die Tschechische Republik, D für Deutschland, DK für Dänemark, E für Spanien, EST für Estland, F für Frankreich, FIN für Finnland, GR für Griechenland, H für Ungarn, I für Italien, IRL für Irland, LT für Litauen, LVA für Lettland, M für Malta, P für Portugal, PL für Polen, ROU für Rumänien, S für Schweden, SK für die Slowakei, SVN für Slowenien, UK für das Vereinigte Königreich."

2. 41999 D 0013: Die mit Beschluss des Exekutivausschusses vom 28. April 1999 angenommenen Neufassung des der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion (SCH/Comex (99) 13) (ABl. L 239 vom 22.9.2000, S. 317) wurde inzwischen durch die nachstehend aufgeführten Rechtsakte geändert. Eine überarbeitete Fassung der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion, in die diese Änderungen sowie weitere Änderungen aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 789/2001 des Rates vom 24. April 2001 (ABl. L 116 vom 26.4.2001, S. 2) eingeflossen sind, wurde im Amtsblatt C 326 vom 22.12.2005, S. 1, veröffentlicht.

- 32001 D 0329: Entscheidung 2001/329/EG des Rates vom 24.4.2001 (ABl. L 116 vom 26.4.2001, S. 32)
- 32001 D 0420: Entscheidung 2001/420/EG des Rates vom 28.5.2001 (ABl. L 150 vom 6.6.2001, S. 47)
- 32001 R 0539: Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vom 15.3.2001 (ABl. L 81 vom 21.3.2001, S. 1)
- 32001 R 1091: Verordnung (EG) Nr. 1091/2001 des Rates vom 28.5.2001 (ABl. L 150 vom 6.6.2001, S. 4)
- 32001 R 2414: Verordnung (EG) Nr. 2414/2001 des Rates vom 7.12.2001 (ABl. L 327 vom 12.12.2001, S. 1)
- 32002 D 0044: Entscheidung 2002/44/EG des Rates vom 20.12.2001 (ABl. L 20 vom 23.1.2002, S. 5)
- 32002 R 0334: Verordnung (EG) Nr. 334/2002 des Rates vom 18.2.2002 (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 7)
- 32002 D 0352: Entscheidung 2002/352/EG des Rates vom 25.04.2002 (ABl. L 123 vom 09.05.2002, S. 47)
- 32002 D 0354: Entscheidung 2002/354/EG des Rates vom 25.4.2002 (ABl. L 123 vom 9.5.2002, S. 50)
- 32002 D 0585: Entscheidung 2002/585/EG des Rates vom 12.7.2002 (ABl. L 187 vom 16.7.2002, S. 44)
- 32002 D 0586: Entscheidung 2002/586/EG des Rates vom 12.7.2002 (ABl. L 187 vom 16.7.2002, S. 48)
- 32002 D 0587: Entscheidung 2002/587/EG des Rates vom 12.7.2002 (ABl. L 187 vom 16.7.2002, S. 50)
- 32003 R 0693: Verordnung (EG) Nr. 693/2003 des Rates vom 14.4.2003 (ABl. L 99 vom 17.4.2003, S. 8)

- 12003 T: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge – Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)
- 32003 D 0454: Entscheidung 2003/454/EG des Rates vom 13.6.2003 (ABl. L 152 vom 20.6.2003, S. 82)
- 32003 D 0585: Entscheidung 2003/585/EG des Rates vom 28.7.2003 (ABl. L 198 vom 6.8.2003, S. 13)
- 32003 D 0586: Entscheidung 2003/586/EG des Rates vom 28.7.2003 (ABl. L 198 vom 6.8.2003, S. 15)
- 32004 D 0014: Entscheidung 2004/14/EG des Rates vom 22.12.2003 (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 74)
- 32004 D 0015: Entscheidung 2004/15/EG des Rates vom 22.12.2003 (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 76)
- 32004 D 0016: Entscheidung 2004/16/EG des Rates vom 22.12.2003 (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 78)
- 32004 D 0017: Entscheidung 2004/17/EG des Rates vom 22.12.2003 (ABl. L 5 vom 9.1.2004, S. 79)
- 32006 D 0440: Entscheidung 2006/440/EG des Rates vom 1.6.2006 (ABl. L 175 vom 29.6.2006, S. 77)

Die Gemeinsame Konsularische Instruktion wird wie folgt geändert:

- a) In Anlage 1 Teil II werden folgende Einträge gestrichen:

"BULGARIEN"

"RUMÄNIEN"

- b) In Anlage 2 wird in der Liste A der folgende Eintrag gestrichen:

"Rumänien"

c) In Anlage 2 werden in der Liste A folgende Einträge hinzugefügt:

"

	BG	RO
Albanien	DS ²	D
Algerien		D
Angola		
Antigua und Barbuda		
Armenien	D	DS
Aserbaidshjan	DS	DS
Bahamas		
Barbados		
Belarus		DS
Benin		
Bosnien und Herzegowina	DS	DS
Botsuana		
Burkina Faso		
Kambodscha		
Kap Verde		
Zentralafrikanische Republik		DS
Tschad		
Volksrepublik China	DS ³	DS
Kolumbien		DS
Kongo		DS
Côte d'Ivoire		
Kuba		
Dominica		
Dominikanische Republik		
Ecuador		
Ägypten		
Fidschi		

	BG	RO
Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien	DS ³	DS
Gabun		
Gambia		
Ghana		DS
Guinea		DS
Guyana		
Georgien	D ²	DS
Indien		
Iran	DS ³	D
Jamaika		
Jordanien		D
Kasachstan		DS
Kenia		
Kuwait		
Kirgisistan		DS
Laos		
Lesotho		
Malawi		
Malediven		
Marokko	DS	DS
Mauretanien		DS
Moldau	DS	DS
Mongolei	DS	DS
Mosambik		
Namibia		
Niger		
Nordkorea	DS ²	
Pakistan		DS
Peru	DS	DS
Philippinen		DS
Russische Föderation	DS ²	DS

	BG	RO
Samoa		
São Tomé und Príncipe		DS
Senegal		DS
Serbien und Montenegro	DS ³	
Seychellen		
Sierra Leone		DS
Südafrika	DS	DS
Swasiland		
Tadschikistan		DS
Tansania		DS
Thailand		DS
Togo		
Trinidad und Tobago		
Tunesien		DS
Türkei	DS ^{2 3}	DS
Turkmenistan		DS
Uganda		
Ukraine	DS	DS
Usbekistan		D
Vietnam	DS	DS
Jemen		
Sambia		D
Simbabwe		

- (2) Inhaber von Diplomaten- und/oder Dienstpässen, die als Mitglieder des diplomatischen oder konsularischen Personals in Bulgarien akkreditiert sind, unterliegen der Visumpflicht bei der ersten Einreise, sind jedoch für den Rest ihrer Dienstzeit von dieser Pflicht befreit.
- (3) Inhaber von Diplomaten- und/oder Dienstpässen, die nicht als Mitglieder des diplomatischen oder konsularischen Personals in Bulgarien akkreditiert sind, sind für höchstens dreißig (30) Tage von der Visumpflicht befreit."

d) In Anlage 2 werden in der Liste B folgende Einträge hinzugefügt:

"

	BG	RO
Australien	X	
Chile		
Israel		
Mexiko		
Vereinigte Staaten von Amerika	X	

"

e) In Anlage 3 Teil I erhält die Fußnote zu Iran folgende Fassung:

"Für Bulgarien, Deutschland und Zypern:

Benötigen kein VFT:

- Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen.

Für Polen:

Benötigen kein VFT:

- Inhaber von Diplomatenpässen."

f) in Anlage 3 Teil II werden in der Liste folgende Einträge hinzugefügt:

"

	BG	RO
Albanien		
Angola	X	
Armenien		
Aserbaidschan		
Burkina Faso		
Kamerun		
Kongo		
Côte d'Ivoire		
Kuba		
Ägypten		
Äthiopien		X
Gambia		
Guinea		
Guinea-Bissau		
Haiti		
Indien		X
Jordanien		
Libanon		
Liberia	X	
Libyen		
Mali		
Nordkorea		
Nördliche Marianen		

	BG	RO
Philippinen		
Ruanda		
Senegal		
Sierra Leone		
Sudan	X	
Syrien		
Togo		
Türkei		
Vietnam		

"

g) Anlage 7 wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Angaben für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

"BULGARIEN

Nach dem Ausländergesetz und der dazugehörigen Durchführungsverordnung muss ein Ausländer, der zu einem Kurzaufenthalt oder zur Durchreise in die Republik Bulgarien einreist, nachweisen, dass er

- über ausreichende Finanzmittel für die Bestreitung des Lebensunterhalts in der Republik Bulgarien - Mindestbetrag in Höhe von 50 BGN pro Tag oder Gegenwert in anderer Währung
- über ausreichende Finanzmittel für die Ausreise aus der Republik Bulgarien

in Form von Bargeld, bargeldlosen Zahlungsmitteln (Kreditkarte, Scheck usw.), eines Touristengutscheins oder eines anderen glaubhaften Nachweises verfügt."

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

"RUMÄNIEN:

Die Dringlichkeitsverordnung Nr. 194/2002 der Regierung über die Regelung für Ausländer in Rumänien enthält die folgenden einschlägigen Bestimmungen:

Artikel 6

"Ausländern kann die Einreise nach Rumänien gestattet werden, wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

[...]

- c) sie legen unter den Bedingungen dieser Dringlichkeitsverordnung die Unterlagen vor, die Auskunft geben über den Zweck und die Umstände ihres Aufenthalts und die als Nachweis dafür dienen, dass sie über Mittel in angemessener Höhe für ihren Unterhalt während des Aufenthalts sowie für die Rückreise in den Ursprungsstaat bzw. die Durchreise in ein anderes Land verfügen, wobei in letzterem Fall Gewissheit bestehen muss, dass sie in dieses Land einreisen dürfen;

[...]."

Artikel 29 Absatz 2

"Als Nachweis für die Verfügbarkeit finanzieller Mittel können Bargeld in konvertierbarer Währung, Reiseschecks, auf ein Devisenkonto ausgestellte Schecks, Kreditkarten mit einem Kontoauszug, der nicht früher als zwei Tage vor dem Datum des Visumantrag ausgestellt wurde, oder jeder andere Beleg akzeptiert werden."

Artikel 35

"Neben anderen gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen ist eine Voraussetzung für die Ausstellung eines kurzfristigen Visums durch die diplomatischen und konsularischen Vertretungen Rumäniens, dass die Ausländer für die gesamte Aufenthaltsdauer nachweisen, dass sie über finanzielle Mittel in Höhe von 100 EUR/Tag oder des Gegenwerts in konvertierbarer Währung verfügen."

Diese Voraussetzung muss für die Ausstellung kurzfristiger Visa erfüllt sein, die für die folgenden Zwecke beantragt werden:

Tourismus,

Besuche,

Geschäftsreisen,

kulturelle, wissenschaftliche und humanitäre Tätigkeiten, ärztliche Behandlungen von kurzer Dauer oder andere Tätigkeiten, die den rumänischen Rechtsvorschriften nicht zuwiderlaufen."

h) Im Anhang der Anlage 8 erhält Nummer 3 folgende Fassung:

"(3) Hier erscheint der aus einem oder mehreren Buchstaben bestehende Ländercode des ausstellenden Mitgliedstaats (oder "BNL" im Fall der Benelux-Staaten, d.h. Belgien, Luxemburg und die Niederlande) mit Kippeffekt. Dieser Code erscheint bei flachem Betrachtungswinkel hell und bei Drehung um 90 Grad dunkel. Es gelten folgende Ländercodes: A für Österreich, BG für Bulgarien, BNL für Benelux, CY für Zypern, CZE für die Tschechische Republik, D für Deutschland, DK für Dänemark, E für Spanien, EST für Estland, F für Frankreich, FIN für Finnland, GR für Griechenland, H für Ungarn, I für Italien, IRL für Irland, LT für Litauen, LVA für Lettland, M für Malta, P für Portugal, PL für Polen, ROU für Rumänien, S für Schweden, SK für die Slowakei, SVN für Slowenien, UK für das Vereinigte Königreich."

3. 32001 R 0539: Verordnung (EG) Nr. 539/2001 des Rates vom 15. März 2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (ABl. L 81 vom 21.3.2001, S. 1), geändert durch:

- 32001 R 2414: Verordnung (EG) Nr. 2414/2001 des Rates vom 7.12.2001 (ABl. L 327 vom 12.12.2001, S. 1)
- 32003 R 0453: Verordnung (EG) Nr. 453/2003 des Rates vom 6.3.2003 (ABl. L 69 vom 13.3.2003, S. 10)
- 12003 T: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge – Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)
- 32005 R 0851: Verordnung (EG) Nr. 851/2005 des Rates vom 2.6.2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 (ABl. L 141 vom 4.6.2005, S. 3)

In Anhang II Nummer 1 werden folgende Einträge gestrichen:

"Bulgarien"

"Rumänien"

C. Verschiedenes

41994 D 0028: Beschluss des Exekutivausschusses vom 22. Dezember 1994 bezüglich der Bescheinigung für das Mitführen von Suchtstoffen und/oder psychotropen Stoffen gemäß Artikel 75 (SCH/Com-ex (94) 28 rev.) (ABl. L 239 vom 22.9.2000, S. 463), geändert durch:

- 12003 T: Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge – Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik (ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

Anhang II wird wie folgt ergänzt: Zwischen den Angaben für Belgien und die Tschechische Republik wird Folgendes eingefügt:

"BULGARIEN:

Gesundheitsministerium
5, Sveta Nedelia Square
Sofia 1000
Tel.: + 359 2 930 11 52
Fax: + 359 2 981 18 33"

Zwischen den Angaben für Portugal und Slowenien wird Folgendes eingefügt:

"RUMÄNIEN:

Generaldirektion für Pharmazie
Gesundheitsministerium
Strada Cristian Popisteanu nr. 1-3
Bucharest Sector 3
Tel.: +40 21 307 25 49
Fax: +40 21 307 25 48"